

TIROL
VORARLBERG
LINKS

P.B.B
VERLAGSPOSTAMT:
6020 INNSBRUCK
ZULASSUNGSNR.:
07Z037282M

THEMEN
IN DIESER
AUSGABE:

• **GESCHÜTZTE
WERKSTATT
VOMP**
Ein Skandal der
Sonderklasse
Seite 2

• **GLB IM
AUFWIND**
Stimmengewinn
in Vorarlberg,
Tirol, Salzburg
und Ober-
österreich.
Mandatsgewinn
in der
Steiermark
Seite 3

• **EUROPÄISCHE
UNION:**
Korruption,
Betrug und
andere Sümpfe
Seite 4

GLB-ONLINE

www.glb.at
www.imzoom.info
glb@imzoom.info

GLB-POST-AKTION

www.postsoli.at

TiVoLi

3. JAHRGANG – AUSGABE II

MAI/JUNI 2009

Bildungspolitik:

Ein Schritt vor, zwei zurück

Ein Knaller nach dem andern erreicht uns derzeit aus dem Bildungssektor. Egal, ob es sich um Mehrstunden der LehrerInnen oder der Nichterhöhung der SchulpsychologInnenanzahl geht. Der Tenor ist immer derselbe: **EINSPARUNG!**

Schön zu wissen, dass sich Österreich als eine Insel der Seligen geriert, zumindest, was Gewalt oder Konflikte an Schulen betrifft. Die gibt's nämlich gar nicht, wenn man die Streichung der SchulpsychologInnenaufstockung betrachtet.

Aber eigentlich dient die SchulpsychologInnentätigkeit nur als Trostpflasterchen für die unter Konkurrenz- und Leistungsunwesen leidenden SchülerInnen, damit sie möglichst heil aus dieser Zwangsmühle herauskommen. (Es gibt nichts Richtiges im Falschen. Adorno).

Irgendwie müssen 525 Mill. Euro, die im Schulbudget fehlen, finanziert werden. Die LehrerInnen haben sich gewehrt, da ist es dann am Einfachsten, wieder einmal den Schwächsten der Gesellschaft, sprich Schulkinder, die Suppe auslöffeln zu lassen, d.h. schulautonome Tage: **ADE!**

Abgesehen davon, dass Deutschland und Österreich die einzigen Länder sind, in denen immer noch mit 10

Jahren die "Spreu vom Weizen" getrennt wird, - von der Ganztageschule ganz zu schweigen, - fehlt es den Bildungsreaktionären an Phantasie und am Mut zur Veränderung.

Von Fortschritt im heiligen Land Tirol keine Spur. Ein jahrelanger - scheinbar kontroverser - Hickhack zwischen den großen Parteien hat uns keinen Schritt weiter geführt. Nun setzt man uns zwar die neue Mittelschule vor die Nase als großartige Errungenschaft der sozialen Gerechtigkeit. Die SchülerInnen werden aber nach wie vor zu früh auseinanderdividiert.

Am System Gymnasium hat sich nix verändert. Alles wie gehabt wie vor 150 Jahren. Immerhin wurde die Prügelstrafe abgeschafft. Klasse!

Nur ignorante, spießige Gesellschaften und deren PolitikerInnen bleiben an solch einem Bildungssystem kleben. Noch blöder ist es, am selbigen wegen mangelnden Visionen und Kurzsichtigkeit zu sparen. Ministerin Schmied sollte sich öfters mal die Brille putzen oder lieber gleich den Beruf wechseln.

Sylvia Dürr

(KPÖ-Kandidatin bei der EU-Wahl)

60.000 SchülerInnen auf der Straße:

Schülerstreik 09

Zu den Demos in Wien, Salzburg, Graz, Innsbruck und Linz haben linke und sozialdemokratische Jugendorganisationen aufgerufen.

Mit rund 25.000 DemonstrantInnen gab es in Wien die meisten TeilnehmerInnen, in Linz demonstrierten rund 20.000 und in Innsbruck immerhin über 4.000 SchülerInnen. Die JugendvertreterInnen werten den "Schulstreik" als "erfolgreich". "Es pfeifen doch die Spatzen von den Dächern, dass unser Bildungssystem überholt und marode ist. Jetzt wäre es endlich an der Zeit, unsere Schulen und Unis grundlegend zu reformieren!" meinte etwa der Innsbrucker Schulsprecher Luca Tschiderer.



Geschützte Werkstatt – geschunde



„Integration, Bindeglied zwischen Wirtschaft und Menschen mit Handicap und Wertschätzung jedeR einzelnen MitarbeiterIn“, beschreibt die Vomper Geschützte Werkstatt ihren sozialen Auftrag. Ziel ist es Menschen mit körperlichen und geistigen Handicaps mit einem vorübergehenden Arbeitsverhältnis zu helfen, sich wieder in die „normale“ Arbeitswelt integrieren zu können. Aber trotz diesem Ziels arbeiten in Vomp einige der Betroffenen bereits 15 und mehr Jahre in dieser Behinderten-Integrationswerkstatt“. TiVoLi hat sich über die Zustände in Vomp bei einem ehemaligen Beschäftigten kundig gemacht. Jürgen F. mit einer ergotherapeutischen Ausbildung ohne Abschluss, erzählt über seinen Erfahrungs- und Leidensweg in diesem Betrieb.

Wie kamst du zur Geschützten Werkstatt Vomp?

Jürgen F.: Ich bin wegen mehreren Bandscheibenvorfällen und Degeneration der Wirbelsäule gesundheitlich stark angeschlagen. Anfang September 2008 nahm ich daher bei dieser Werkstatt ein Arbeitsverhältnis auf.

Und jetzt geht's dir wieder besser?

Jürgen F.: Nein, mit Ende März habe ich die Werkstatt wieder verlassen. Meine Ärztin stellte fest, dass mein gesundheitlicher Zustand heute ein halbes Jahr später, schlechter als vor der Zeit in der Geschützten Werkstatt Vomp ist (siehe Faksmile).

schneiden sollte. Hört sich im Grunde ja gut an, nur, dass die Bretter die ich sägen sollte, teilweise 60-70 kg wogen. Und das, den ganzen Tag lang mit einem ziemlichen Produktionsdruck und einem ärztlichen Attest, welches bescheinigt, dass ich maximal 15 kg heben und nur ohne statisches Sitzen und Stehen arbeiten dürfe.

Gab es in Vomp niemand Verantwortlichen, der dies verhinderte?

Jürgen F.: Das schon, nur die zuständige Sozialarbeiterin Helga Wöll ist gleichzeitig Betriebsrätin und skurrillerweise auch für die Einstellung und Kündigung der „Schutzbefohlenen“ verantwortlich. Als ich erhebliche Schmerzen hatte und mich über meinen Arbeitsplatz beschwerte, wurde ich widerwillig an einen anderen Arbeitsplatz gestellt (aussortieren von gesägtem Holz), wo ich den ganzen Tag stehen musste, was mir natürlich ebenfalls starke Schmerzen verursachte. Eine weitere Beschwerde führte zur Versetzung in die Montage. Dort kam ich dann ans Ölen von Kleinteilen.

Aber ölen hört sich doch nach leichter Tätigkeit an?

Jürgen F.: Bei diesem Ölen von Kleinteilen werden Holzöl und Lasuren mit Lösungsmittel und Terpentin verwendet. Diese Lösungsmittel können über die

Haut und Atemwege aufgenommen werden und können nervenschädigend wirken. Trotzdem gibt es an diesem Arbeitsplatz weder eine Frischluftzufuhr noch eine Absaugung, geschweige denn Handschuhe oder Atemschutz. Ein Mitarbeiter steht dort den ganzen Tag in der „Lackierkammer“, und spritzt den Lack mit einer Grobstaubmaske versehen mit nichts geschützt auf die Holzteile.

Ich arbeitete mehrere Monate beim Ölen, wobei ich meinen Ausbilder mehrmals darauf aufmerksam machte, dass ich nicht den ganzen Tag sitzen soll. Das fand allerdings keinerlei Beachtung. Es kam wie es kommen musste, ich bekam wieder starke Schmerzen in der Lendenwirbelsäule mit Ausstrahlungen in die Beine. Ich musste in den Krankenstand und es wurde mir ein Bandscheibenvorfall diagnostiziert der durch die Fehlhaltung an meinem Arbeitsplatz herrührt.

Und nach dem Krankenstand?

Jürgen F.: Als ich dann wieder schmerzfrei war, gab ich meinem Vorarbeiter einen Brief meiner Ärztin in dem nochmals stand, dass ich weder lange sitzen noch lange stehen darf. Auf die Frage nach einer Stehhilfe wurde mir gesagt, dass es so was bei ihnen nicht gibt und sich auch noch keiner

In der RollstuhlfahrerInnen-Toilette im Erdgeschoss ist die Klomuschel nicht am Boden festgeschraubt, sodass selbst Nichtbehinderte schon Angst haben mussten beim „Geschäft am stillen Örtchen“ samt Muschel umzufallen.

Bestätigung

Jürgen F. [redacted]
geb. am [redacted]
[redacted]

Mayrhofen, am 16.03.2009

Aufgrund der beruflich geforderten körperlichen Tätigkeiten hat sich der gesundheitliche Zustand des Patienten Hr. F. [redacted] zusehends verschlechtert, weshalb eine andere berufliche Tätigkeit dringend anzuraten ist.

Wie das?

Jürgen F.: Schon am ersten Tag fiel mir auf, dass es in diesem Betrieb trotz der

Behindertenbeschäftigten weder ergonomische Sitzgelegenheiten, noch Stehhilfen, Gummiunterlagen für schonendes Arbeiten im Stehen oder höhenverstellbare Werkbänke gibt. Ich wurde an meinem ersten Arbeitstag an die Kappsäge gestellt, wo ich Bretter in vorgegebene Stücke

ne ArbeitnehmerInnen?

darüber beschwert hätte, sie hätten ja Stühle, nur diese sind mindestens 10 Jahre alt und alles andere als ergonomisch. Außerdem meinte besagter Anleiter: „**Wenn du nicht buckeln willst musst du gehen und dir einen neuen Arbeitsplatz suchen, so jemand wie dich können wir hier nicht gebrauchen.**“ Aus lauter Angst um meinen Arbeitsplatz machte ich die Arbeit die mir aufgetragen wurde (sitzend an der Standbohrmaschine). Nach ca. 3 Stunden sitzen, tat mir mein Kreuz wieder so weh, dass mir die Tränen kamen.

Letztendlich wurden diese Misstände aber abgestellt, oder?

Jürgen F.: Schön wäre es, stattdessen wurde ich weiter gerüffelt, da ich ja nur simulieren würde. Schlussendlich habe ich mir aus meinem Monatslohn von knapp 1000 Euro netto, selbst eine Stehhilfe um 140 Euro geleistet, um meinen Arbeitsplatz

einigermaßen an meine Behinderung anzupassen. Und das in einer Geschützten Werkstatt, die nach

gültiger Rechtslage die Löhne von der öffentlichen Hand subventioniert bekommt und die Arbeitsplätze behindertengerecht eingerichtet haben sollte. Das Ende vom Lied (Leid) war dann, dass ich mich zu Gunsten meiner Gesundheit zu einer einvernehmlichen Kündigung meines Arbeitsverhältnisses „überreden“ ließ.

Und warst du ein Einzelfall in diesem Betrieb, die Ausnahme des Regelfalls also?

Jürgen F.: In dieser Einrichtung gibt es Keinen mit einer medizinischen Ausbildung. Auch eine Ergotherapeutin, die gelernt hat, Arbeitsplätze behindertengerecht einzurichten, fehlt. Und Arbeitsschutzvorschriften werden mit Füßen getreten – ein kleines Beispiel dazu: Bis zum Schluss meines aktiven Arbeitsverhältnisses war in der RollstuhlfahrerInnen-Toilette im Erdgeschoss die Klomuschel nicht am Boden festgeschraubt, sodass selbst Nichtbehinderte schon Angst haben mussten beim „Geschäft am stillen Örtchen“

samt Muschel umzufallen.



Und wie könnten diese skandalösen Zustände beseitigt werden?

Jürgen F.: Schwierig, denn der Betrieb lebt von der Ausbeutung behinderter Menschen ganz gut: Bei der Weihnachtsfeier wurde uns

Geschützte Werkstätte / Integrative Betriebe Tirol - GmbH

Unsere Mission: Wir sind ein Unternehmen, das sich für die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt einsetzt. Wir bieten eine sichere und unterstützende Umgebung, in der unsere Mitarbeiter ihre Fähigkeiten einbringen und ihren Beitrag leisten können.

Wir sind ein Unternehmen, das sich für die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt einsetzt. Wir bieten eine sichere und unterstützende Umgebung, in der unsere Mitarbeiter ihre Fähigkeiten einbringen und ihren Beitrag leisten können.

Wir sind ein Unternehmen, das sich für die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt einsetzt. Wir bieten eine sichere und unterstützende Umgebung, in der unsere Mitarbeiter ihre Fähigkeiten einbringen und ihren Beitrag leisten können.

stolz der fast 5-Millionen-Euro-Umsatz präsentiert, in den Betrieb wurde allerdings nur wenig investiert. Beschwerden bei Arbeitsinspektorat oder bei öffentlichen Medien wirken wenig, jeder fürchtet um den Arbeitsplatz, das Arbeitsinspektorat ist personell unterbesetzt und Regionalmedien sind an einer Berichterstattung offensichtlich nicht interessiert.

Danke für das Gespräch.

Die Europäische Linke steht zur Wahl

Die KPÖ ist Teil der Europäischen Linken (EL), einem Zusammenschluss von 30 Parteien in 17 Ländern. Die EL hat den EU-Verfassungsvertrag abgelehnt, weil er die Militarisierung der Union und eine Festschreibung des Neoliberalismus für Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet.



Gemeinsam mit linken Parteien in anderen europäischen Ländern meinen wir, dass mit diesem Vertrag ein soziales Europa ebenso wenig möglich ist wie eine Bewältigung der Krise, dass dafür eine neue, andere Grundlage notwendig ist.

Da die KPÖ Antworten auf die Fragen unserer Zeit hat, ist die KPÖ-Europäische Linke bei der Europawahl am 7. Juni 2009 die linke Alternative am Stimmzettel. Und selbstverständlich ist die KPÖ die Alternative so Wohl zum Block der kritiklosen BefürworterInnen des „Europas der Konzerne“ von SPÖ, ÖVP und Grünen. Als auch zum fremdenfeindlichen Block der Rechtsparteien von FPÖ, BZÖ und Konsorten. Die Unterstützung der Kandidatur der KPÖ und eine Stimme für die KPÖ-Europäische Linke ist ein Beitrag zum europaweiten Widerstand, für ein soziales, solidarisches, demokratisches, feministisches und für ein

Patricia Maria Belinchon Garcia, Sylvia Dürr und Annie Linser kandidieren aus Tirol für die KPÖ-Europäische Linke

GLB im Aufwind

In **Vorarlberg** konnte der ÖAAB/FCG die absolute Mehrheit wiedergewinnen, die FSG verlor Stimmen und Mandate. Etwa gleichbleibende Ergebnisse gab es für die FA und die Grünlite Gemeinsam. Der GLBn (zuletzt 1999 kandidiert und 268 Stimmen bzw. 0,59 Prozent erreicht) kam auf 221 Stimmen (0,47%). In **Tirol** konnte der ÖAAB/FCG die absolute Mehrheit noch ausbauen, für die FSG

gabs starke Verluste an Stimmen, Mandaten und des Vizepräsidenten. Es kam auch zu Mandatsgewinnen für die FA, die Grünen konnten ihren Stimmenanteil halten und die Liste SOLI halbierte sich. Mandatslos blieben die Kandidaturen von NBZ, GALIP. Ohne Mandat aber mit Stimmengewinn blieb der GLB, wie auch in Salzburg und OÖ. In der Steiermark kam es zu einem Mandatgewinn.

Impressum: Medieninhaber und Herausgeber: KPÖ, 6020 Innsbruck, Gumpstraße 36, tirol@kpoe.at, tirol.kpoe.at

Korruption, Betrug und andere Sümpfe in der EU

Wenn ein Mann oder eine Frau ein Amt anstrebt, so gelten für gewöhnlich an diese Person Anforderungen, die in einem direkten Verhältnis zur Leistung stehen, die dieser Mensch erbringen soll. Wenn aber diese vorgegebenen Leistungen erheblich überschritten werden, so sind in einem bestimmten Rahmen Sondervergünstigungen international üblich.

Werden jedoch die Mindestanforderungen nicht erbracht, so muss mit dem Gegenteil gerechnet werden. Diese Vorgangsweise ist in sich selber logisch und auch für jeden Menschen vollkommen klar. Meint man zumindest.

Was immer schon ein Problem für manche Menschen ist und war, das ist das merkwürdig verschwommene Rechtsempfinden für fremdes Geld und fremde Werte, die nicht aus dem eigenen Erwerb stammen, deren Eigentumsverhältnisse nicht unbedingt geradlinig zu einer Person führen müssen, wo somit eine Gemeinschaft, eine Institution, eine Firma, ein Konzern oder gar der gesamte Staat dafür zuständig ist.

Und ebenso ist das Rechtsempfinden weit aus weniger ausgeprägt, wenn es darum geht, seine eigene, für das Gehalt erbrachte Leistung neutral und gerecht einzustufen.

Dazu gesellen sich noch jeweils eine Neigung zu Luxus, zu Wohlergehen, Absicherung für die Zeit nach den Möglichkeiten der Korruption, eine Gewöhnung an einen zu hohen Lebensstandard, Geltungssucht, Prahlucht, Raff-



gier, erringen von Macht und Einfluss.

Wie auch immer, jener Mensch, der sich korrumpieren lässt, braucht auch einen, der bestechen will, weil er auf die redliche Art und Weise meint, nicht an seine Ziele zu gelangen. Hier treffen zwei ähnliche Charaktere zusammen, die eine sogenannte „win – win“ Situation erzeugen.

Jetzt könnte man sagen, dass dem Spuk ein Ende bereitet wird, wenn der Beamte ganz einfach mehr Geld für seine Arbeitsleistung erhält. Dem ist leider überhaupt nicht so, denn jene Beamte, die in weitaus gehobenen Positionen sitzen, die bekommen auch dementsprechend noch höhere Bestechungen. Für jene, die bestechen, schrecken nicht einmal vor einer gesetzlichen Regelung und Androhung von Bestrafung zurück.

Diese menschlichen Schwächen sind keine neuen Erfindungen unserer Zeit und unserer Kultur. Was neu ist, das sind die Dimensionen, die die EU erst ermöglicht, die unverfrorene freche Art der Korruption und des ganz offensichtlich gemeinen Betrugs. Und das Schlimme daran, das ist die abgestumpfte Rechtsauf-

fassung dieser Menschen, die nichts mehr bei ihren Betrügereien empfinden, so erbärmlich niedrig ist ihre Hemmschwelle, wenn es darum geht, sich Vorteile zu verschaffen.

EU-Parlamentspräsident Hans Gert Pöttering z.B. kassiert jedes Jahr ungeniert 365 Tagelöhner zu seinem fürstlichen Gehalt, zu seinen Diäten, Vergünstigungen usw. 365x ein Tagelöhner, das nahezu 300 Euro wert ist. Ein Tagelöhner, das zu Unrecht kassiert wird, denn Herr Präsident ist nicht 365 Tage im Jahr im Dienst im Parlament.

Wenn was sich wieder einmal als handfester Skandal herausstellt, wenn gelogen und betrogen wird, dass sich die Balken biegen, dann wird das alles ganz schnell niedergedrückt, denn so viele haben dort Butter auf dem Kopf, dass sich nur ganz wenige, ehrliche Beamte aufbegehren getrauen, denn sie müssen nämlich mit Verhören, Verfolgung und großen Unannehmlichkeiten rechnen.

Ganz anders der Kommissionspräsident Barroso selber, der sich einen Traum-Luxusurlaub von seinem „Freund“, einem griechischen Reeder auf seiner Wahnsinnsyacht schenken ließ. Kein Prozess, kein Rücktritt, keine Verhandlung mit Rechtsfolgen, nichts.

Da nehmen sich die Nachrichten in der Zeitschrift „Die Welt“ noch harmlos aus, wenn sie berichtet, welche EU-Parlamentarier die Nächte mit „Edelprostituierten“ verbringen. Die Prostitution blüht auf beiden Seiten. In den ÖÖ-Nachrichten wird am 21.11.2008 berichtet, dass die Korruption in Bulgarien erst durch den Beitritt zur EU so richtig aufgeblüht ist. Plötzlich fahren die „armen Genossen“

die größten und schwersten deutschen Autos, Villen werden aus dem Boden gestampft, Luxusmessen mit den teuersten Ausstellungsstücken der Welt werden dort plötzlich gekauft. Niemand fragt, woher das plötzliche, viele Geld herkommt, alle wissen es schon längst.

Heinz Hermann Brunner leitet das EU-Amt für Betrugsbekämpfung mit dem Namen OLAF. Die Leute um ihn bemühen sich, doch der Schwund in den prallen EU-Kassen wird immer schneller, raffinierter, dreister und größer, sodass die Leute mit dem Untersuchen gar nicht nachkommen können.

Mehrwertsteuerkarussellbetrug allein in Deutschland in einem Jahr mehr als 7 Mill. €, aus dem EU-Strukturfonds verschwinden jährlich zig Mill. €. Da sprechen diese verantwortlichen Eliten der EU von einem vorkalkulierten „Schwund“ in Milliardenhöhe. Da sind die 20 Stück Kaffeemaschinen für jeweils ca. 5.000 bis 6.350 €, also rund 100.000 € nur noch ein Klaks.

Noch dreister wird um die Gunst der Medien gerungen, da spielen Beträge in Millionenhöhe keine Rolle, Hauptsache, es wird die EU in den bestochenen Medien immer nur lobend erwähnt.

Wohin man sich auch wendet, ob das die Lobbyisten der Konzerne und transnationalen Firmengruppen sind, die mit unglaublich großen Bestechungssummen ausgestattet sind, ob das Sekretariatszulagen sind, die an die eigene Firma überwiesen wurden, oder ob das die Umwegsrouten der Parteienfinanzierungen sind. Alles in Allem lebt dort in Brüssel ein blühender Sumpf von korrupten Menschen, die sich unrechtmäßig von unseren Steuergeldern bereichern.

Rudolf Weiss

(Mitglied von attac europe)

An einen Haushalt — Postgebühr bar bezahlt.

- Ich bitte um:**
- laufende Zusendung der Zeitung „TiVoLi“
 - mehr Informationen über die KPÖ
 - eine Probenummer der GLB-Zeitung „die arbeit“
 - eine Probenummer der Zeitung „volksstimmen“
 - persönliche Kontaktaufnahme

Ausgefüllten Rücksendekupon mit genauer Adresse und evt. Email-Adresse an die KPÖ, Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck senden.